

Vertretungslücke, Rechtsextremismus und AfD-Wahl

Bernhard Weßels, Hans-Dieter Klingemann

1. Einleitung

Die Etablierung politischen Extremismus' im Parteienwettbewerb ist ein neues Phänomen in Deutschland. Nicht, dass es in Deutschland keinen politischen Extremismus gegeben hätte. So gab es die Wahlerfolge der NPD in den 1960er-Jahren und nach der Wiedervereinigung hier und da nicht zu übersehende Stimmengewinne anderer Parteien rechts-außen. Die größten Wahlerfolge der politisch weit rechts-stehenden Parteien gab es für die NPD 1968 mit einem Stimmenanteil von 9,8 Prozent bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg, dann z. B. für die Republikaner mit 7,5 Prozent bei der Abgeordnetenhauswahl 1989 in Berlin (West) oder auch der DVU mit 12,9 Prozent bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998. Aber eine Flächendeckung haben Parteien rechts-außen vor 2016 nicht erreicht. Dann aber war die AfD bereits im Frühjahr 2016 in zehn Landtagen vertreten, in sieben davon zog sie mit zweistelligem Stimmenanteil ein (Schroeder et al. 2017). Der Einzug in den Bundestag gelang 2013 knapp nicht (Schmitt-Beck 2014), dann aber 2017 und 2021 mit zweistelligem Ergebnis.

Der Verfassungsschutz stuft die gesamte AfD inzwischen als rechtsextremistischen Verdachtsfall ein. Der Weg der Radikalisierung der AfD ist von 2013, ihrem ersten Antreten bei einer Wahl, der Bundestagswahl, bis heute verfolgt worden. Von einer national-konservativen, anti-europäisch orientierten Partei unter der Führung Bernd Luckes hat sie sich inzwischen durch mehrfachen Führungswechsel entfernt. Die extreme Rechte der Partei gewinnt mehr und mehr Gewicht (Schroeder/Weßels 2023). Haben wir es im Sinne des Ansatzes von Scheuch und Klingemann (1967) mit einer „normalen Pathologie“ des Politischen zu tun? Was sind die Erklärungsansätze für den Erfolg der AfD?

Um diese Frage zu beantworten, werden im Folgenden Thesen formuliert, die sich aus dem Erklärungsmodell von Scheuch und Klingemann ableiten lassen. Diese Thesen werden in einem zweiten Schritt einzeln geprüft und in zwei Modelle zur Erklärung der Stimmabgabe zugunsten der AfD überführt. Die empirische Grundlage für die Analysen liefert die

GLES, die German Longitudinal Election Study, die es zum ersten Mal zur Bundestagswahl 2009 gab (GLES 2009, 2013, 2017, 2021). Hier werden aber nur die Wahlen 2013, 2017 und 2021 berücksichtigt, da es die AfD 2009 noch nicht gab.

2. Politischer Extremismus – Theorie und Hypothesen

Im Ansatz von Scheuch und Klingemann (1967) steckt ein komplexer Erklärungsansatz für das Aufkommen von Rechtsradikalismus, der Gründe im Zusammenspiel zwischen Makro- und Mikroebene und hier zwischen verschiedenen Dimensionen wie sozio-ökonomischen und kulturell-ideologischen und ihrem Wechselspiel sieht (s. auch Klingemann 2020). Es ergibt sich ein komplexes kausales Geflecht, das nicht einfach in einen Kausaltrichter umzusetzen ist. Aber wie Arzheimer und Falter (2002) gezeigt haben, lassen sich kausale Sequenzen rekonstruieren, die sich für eine Formulierung von Erwartungen anbieten.

Eine der von Scheuch und Klingemann formulierten Makrobedingungen deckt sich auffallend mit der von der AfD formulierten Kritik am politischen System und seinen Trägern und den Wahlmotiven der AfD-Wählerinnen und -Wähler. So stellte Schmitt-Beck für die Bundestagswahl 2021 fest, dass Einstellungen zur repräsentativ-demokratischen politischen Ordnung selbst von Bedeutung für die Stimmabgabe zugunsten der AfD waren (Schmitt-Beck 2021). In ihrem Erklärungsansatz für Rechtsextremismus sehen Scheuch und Klingemann als Bedingungen für politischen Extremismus eine prekär gewordene Beziehung zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und politischer Führung andererseits an, sowie politische Fehlleistungen und Defizite bei den demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten. Das führe zusammen mit weiteren Faktoren dazu, dass Defizite nicht angemessen artikuliert und Konflikte nicht ausgetragen würden (Arzheimer/Falter 2002: 88f.). Wenn es derartige Wahrnehmungen von Defiziten und einer Vertretungslücke auf der Systemebene, also der gesamtgesellschaftlichen Makroebene, gäbe, müsste sich das in den Orientierungen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger auf der Mikroebene widerspiegeln. Damit lässt sich eine Erwartung oder Hypothese für die Mikroebene formulieren: Aus diesen Phänomenen, die als gesamtgesellschaftliche auf der Makroebene anzusiedeln sind, lässt sich eine Erwartung auf der Mikroebene formulieren:

- (1) Wenn auf der Individualebene eine Vertretungslücke wahrgenommen wird, ist die Wahrscheinlichkeit eines Wahlverhaltens zugunsten der AfD größer, als wenn keine Vertretungslücke wahrgenommen wird.

Die These von der Vertretungs- oder Repräsentationslücke als Grund des Erfolgs der AfD ist schon früh formuliert worden. Es habe mit den wiederholten Großen Koalitionen eine „Entkoppelung von Regierungsbildung und Wählervotum“ geben und so „hat die Bundestagswahl vom 24. September 2017 eine Integrations- und Repräsentationslücke offenbart“, konstatiert Mielke (2018; siehe auch Klingemann/Canan-Sokullu 2022). Auch Schroeder und Weißels (2019) sehen eine mögliche Repräsentationslücke zwischen Nachfrage und Angebot und Ruhose (2023) spricht von einer Vertretungslücke.

Zum Rechtsextremismus gehört auch eine passende Ideologie oder passende Einstellungen. Für eine Ideologie bedarf es eines politischen Anbieters, für extreme Einstellungen nicht unbedingt. Diese können auch einhergehen mit einem rigiden Denkstil (Scheuch/Klingemann 1967: 18). Extreme politische Orientierungen wiederum stärken das Gefühl eines Vertretungsdefizits, da diese zumeist nicht von den etablierten politischen Akteuren vertreten werden. Daraus folgt die Erwartung:

- (2) Personen mit extremen politischen Orientierungen und Zielsetzungen sehen sich weniger vertreten als andere.

Damit Wahrnehmungen von Vertretungsdefiziten und extreme politische Orientierungen handlungsrelevant werden können, muss es zum einen kulturell eine entsprechende Ideologie und zum anderen einen politischen Anbieter geben. Mit der AfD ist das seit 2013 der Fall.

Ein Beispiel dafür sind die Einstellungen zur Migration. So zeigt Schmitt-Beck bereits für die Bundestagswahl 2013, dass die „Neigung zur AfD ... erheblich durch immigrationsskeptische Einstellungen befördert“ wurde, insbesondere von strikten Gegnern „einer multikulturellen Einwanderungspolitik“ (Schmitt-Beck 2014: 107). Es lässt sich also folgende Erwartung formulieren:

- (3) Es ist davon auszugehen, dass insbesondere Personen mit extremen politischen Orientierungen die AfD wählen.

Allerdings gibt es Randbedingungen, die dafür förderlich oder weniger förderlich sind. Das bekannte „wasted vote“-Theorem legt nahe, dass Stimmen ungern verschenkt werden, es also darauf ankommt, dass die Partei

mindestens die Fünf-Prozent-Hürde überspringt. Fisher hat das bereits 1973 für Deutschland gezeigt (Fisher 1973). Es gibt also eine Rückkoppelung zwischen Wahlerfolg und Wahlverhalten (Scheuch/Klingemann 1967: 21). Die AfD hat 2013 die Fünf-Prozent-Hürde fast und 2017 mit großem Erfolg geschafft. Damit kann davon ausgegangen werden, dass die Randbedingung für die AfD gegeben ist. Mehr noch: Die AfD hat enorme Mobilisierungserfolge zu verzeichnen, die sich insbesondere bei den Landtagswahlen gezeigt haben. Zwischen erstem Antritt und letzter Wahl vor der Corona-Pandemie ab 2020 hat die AfD im Durchschnitt aller bis dahin stattgefundenen Wahlen 9,9 Prozentpunkte dazugewonnen (Schroeder/Weißels 2023: 50) – im Vergleich der Wahlen vor und mit Corona (vor 2/2020 zu ab 2/2020) aber leicht verloren, in der Gesamtbilanz aber stetig zugenommen. Daher geht unsere Erwartung über eine bloße Verhaltenswirksamkeit des Angebots der AfD bei Wahlen hinaus von einer Politisierung durch die AfD aus:

- (4) Die AfD verstärkt durch Politisierung den Effekt politischer Ideologie auf das Wahlverhalten.

Im Folgenden werden zunächst empirisch geprüft, ob eine Vertretungslücke überhaupt existiert und ob diese Lücke insbesondere auf Personen mit extremen politischen Einstellungen zutrifft. Danach werden dann die Erwartungen zu den Bestimmungsgründen der Wahl der AfD sowie die Politisierungsthese geprüft.

3. Vertretungslücke – eine Operationalisierung

Dass nicht nur die AfD damit mobilisiert, eine Differenz zwischen Bürgern und politischen Eliten zu artikulieren und damit zu unterstellen, die politischen Repräsentanten würden nicht mehr repräsentieren, sondern auch die Forschungsliteratur davon ausgeht, dass es eine Vertretungs- oder Repräsentationslücke gibt, wurde bereits angemerkt. Auch die öffentlichen Medien vermelden immer häufiger eine Repräsentationslücke, die dem AfD-Erfolg Vorschub leiste. So beschrieb Der Tagesspiegel am 11.10.2022 die Gefahr der Repräsentationslücke, der Cicero (9.7.2015) beobachtete, die CDU habe am rechten Rand eine große Vertretungslücke gelassen, Der Freitag (9.8.2018) sieht die AfD in diese Vertretungslücke hineinbrechen. Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen.

Wie aber bestimmt sich eine Repräsentations- oder Vertretungslücke, wie kann man sie messen? Sie auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene, also auf der Makroebene festzustellen, macht sie noch nicht verhaltenswirksam. Sie muss von den Individuen *wahrgenommen* werden. Eine allgemeine Definition gibt es unseres Wissens noch nicht. Im Bereich der Interessenvermittlung wird der Begriff zum Beispiel bei den Lücken in der betrieblichen Interessenvertretung benutzt, oder auch in Bezug auf die Präsenz und Mitgliederstärke von Interessenorganisationen (Weßels 2001). Auf der Mikroebene muss das Konzept erst operationalisiert werden. Aus einer theoretisch-analytischen Perspektive kann sich eine Repräsentations- oder Vertretungslücke auf unterschiedliche Aspekte des politischen Systems beziehen. Eine sinnvolle Unterscheidung ist die von Easton in Autoritäten und Regime (Easton 1965) oder auch Institutionen sowie die Unterscheidung in Prozess und Struktur oder in politikwissenschaftlicher Begrifflichkeit in *politics* und *polity*. Autoritäten sind die handelnden Akteure in der Politik – Parteien, Personen; Institutionen sind die formalen Regeln der Demokratie und die durch sie festgelegte Ordnung und Verfassungsorgane. Im strukturellen Sinne kann eine Vertretungs- oder Repräsentationslücke (1) bei den Autoritäten auftreten, wenn diese selektiv sind und nicht das Spektrum von Interessen abdecken, sei dies sozial, kulturell oder politisch. Die Prozessebene bezieht sich auf die konkreten Handlungen und Funktionsweisen von Autoritäten und Institutionen. Ein Defizit existiert dann, wenn (1) die Wahrnehmung vorherrscht, die Autoritäten machten keine gute Arbeit, ihre Performanz sei nicht hinreichend für die Vertretung oder Repräsentation der jeweils eigenen Interessen. (2) Defizite auf der Ebene der *polity* beziehen sich direkt auf die Struktur oder Prozesse im Regime. (3) Strukturbezogen liegt ein Defizit dann vor, wenn davon ausgegangen wird, dass diese falsch konstruiert sind, also z.B. ein anderes Demokratiemodell oder gar ein anderen nicht-demokratisches Ordnungsmodell bevorzugt wird. (4) Prozess bezogen kennzeichnet ein Defizit, dass die Wahrnehmung vorherrscht, die Institutionen funktionieren nicht gut.

In den GLES-Wahlstudien stehen einige Befragungsinstrumente zur Verfügung, die als Indikatoren für eine Vertretungslücke im (partei-)politischen Raum herangezogen werden können. Sie decken die strukturelle und Prozess bezogene Dimension bezogen auf Autoritäten ab, also (1) und (2). Für die Regime- oder Institutionendimensionen werden hier keine Indikatoren herangezogen.

Als indirektes Maß können die Partei-Skalometer, die Maße zur Wahlwahrscheinlichkeit (propensity to vote) und zur Perzeption der Lösungs-

kompetenz von wichtigen Problemen herangezogen werden. Sie sind Ergebnis der Evaluierung der Handlungen von Parteien, beziehen sich daher auf die Prozessdimension bezogen auf Autoritäten, also das unter (2) oben definierte Defizit. Die Partei-Skalometer fragen: „Was halten Sie so ganz allgemein von den einzelnen politischen Parteien? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala. -5 heißt, dass Sie überhaupt nichts von der Partei halten, +5 heißt, dass Sie sehr viel von der Partei halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“ Hier wird als Indikator für eine Vertretungslücke angesehen, wenn für keine der etablierten Parteien, also alle Bundestagsparteien (CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke) mit Ausnahme der AfD, kein positiver Skalenwert vergeben wird. Die Überlegung dabei ist, dass wenn keine Partei positiv beurteilt wird, davon auszugehen ist, dass diese auch nicht für die politische Repräsentation taugen. Das Maß hält also fest, dass für keine der etablierten Parteien eine positive Beurteilung ihrer Performanz abgegeben wird.

Ähnlich ist es bei den Maßen zur Wahlwahrscheinlichkeit. Auch das ist ein indirekter, weil auf Evaluation basierender Indikator für ein Prozess bezogenes Defizit in der Dimension Autoritäten (2). Hier wird gefragt: „Es gibt eine Reihe von politischen Parteien in Deutschland. Jede davon würde gerne Ihre Stimme bekommen. Geben Sie bitte für jede der folgenden Parteien anhand dieser Skala an, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie diese Partei jemals wählen würden.“ Vorgelegt wird eine Skala von 1 („Würde diese Partei mit Sicherheit nicht wählen“) bis 11 („Würde diese Partei mit Sicherheit wählen“). Wenn die etablierten Parteien als kaum oder gar nicht als wählbar angesehen werden (Werte 1 bis 3), spricht das dafür, dass die Befragten diese Parteien nicht als ihre Vertreter in die Parlamente schicken wollen. Im Unterschied zu den Parteiskalometern, die einen Nullpunkt haben und sich damit Positiv und Negativ klar voneinander trennen lassen, ist bei der Frage nach der Wahlwahrscheinlichkeit mit dem Wert 4 bereits eine relativ starke positive Wahrscheinlichkeit von 30 Prozent gegeben, wenn der Wert 1 eine Wahrscheinlichkeit von 0 und jeder weitere Wert einen Zuwachs in der Wahrscheinlichkeit um 10 Prozentpunkte bedeutet, so dass der Wert 11 dann 100 Prozent, die Partei zu wählen bedeutet. Daher werden hier die nur die ersten drei Werte für die Operationalisierung eines Defizits herangezogen.

Der dritte Indikator fragt nach der Problemlösungskompetenz der Parteien bezogen auf die von den Befragten als wichtig wahrgenommenen Problemen. Auch das ist ein Indikator für ein Defizit bezogen auf die Leistung von Autoritäten im politischen Prozess (2), aber da direkt auf Interesse

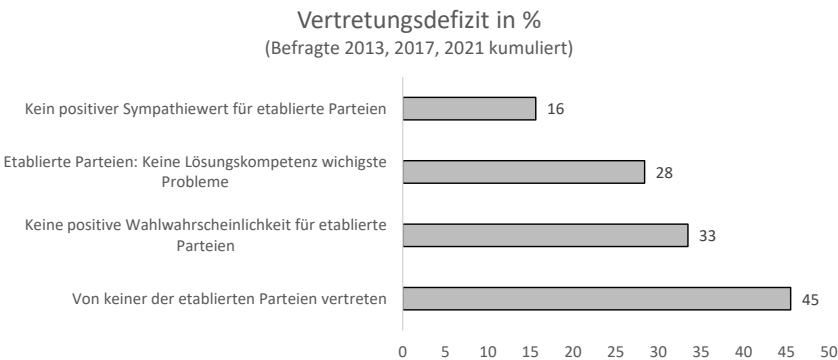
bezogen ein direktes Maß. Zunächst wird nach der Problemeinschätzung gefragt: „Sie werden jetzt nach den zwei wichtigsten politischen Problemen gefragt. Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste politische Problem in Deutschland? Bitte nennen Sie zunächst nur das allerwichtigste Problem.“ Danach wird gefragt: „Und welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, das Problem <wichtigstes Problem einfügen> zu lösen?“. Diese Fragen werden für das zweitwichtigste Problem wiederholt. Das hier verwendete Maß der Vertretungslücke bestimmt sich durch den Umstand, dass keine der *etablierten* Parteien als kompetent genannt wird, das wichtigste und zweitwichtigste Problem zu lösen.

Ebenfalls ein direktes Maß für die Vertretungslücke ist die Frage „Sind Sie der Meinung, dass irgendeine der Parteien in Deutschland Ihre persönlichen politischen Ansichten gut vertritt?“ Die Antwortmöglichkeiten sind „Ja“ und „Nein“, es folgt bei „Ja“ die Nachfrage, welche Partei das sei. Ein „Nein“ ist ein direktes Maß einer Vertretungslücke im parteipolitischen Raum. Bei einem „Ja“ wird für die Befragten, die AfD und alle Parteien, die nicht im Bundestag vertreten sind, genannt haben, dennoch von einer Vertretungslücke durch die etablierten Parteien ausgegangen. Bezogen auf die Typologie der Vertretungs- oder Repräsentationsdefizite wäre das ein auf Akteure bezogenes Defizit in der Struktur (2), das vor dem Auftreten der AfD die entsprechenden Interessen in der Bevölkerung keine Vertretung in der Struktur des Angebots erfahren hätte.

4. Extreme Politikziele und Vertretungslücke

Die empirischen Ergebnisse zu diesen Indikatoren liefern ein eindeutiges Bild: die Vertretungslücke existiert in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger. Zusammengefasst sind in Abbildung 1 die Ergebnisse für die Wahlen 2013, 2017 und 2021.

Abbildung 1: Indikatoren und Verteilungen zur Vertretungslücke



Sample-Größen der jeweiligen Wahlstudie 2013, 2017, 2021 sind gleichgewichtet (2000).

Quelle: GLES 2013, 2017, 2021. Eigene Berechnungen.

Parteisymphathien und Unzufriedenheit mit der Regierung verweisen auf nur geringe Vertretungsdefizite. Bezogen auf die Lösungskompetenz sind es dann aber schon fast 30 Prozent, bezogen auf die Wahlwahrscheinlichkeiten genau ein Drittel. Das direkte Vertretungsmaß verweist auf ein recht großes Vertretungsdefizit. 45 Prozent sehen sich von keiner der etablierten Parteien vertreten. Die Gründe können in den vorher genannten Defiziten liegen., Eine entsprechende Analyse spricht dafür (Tab. 1).

Tabelle 1: Wahrscheinlichkeit, sich von keiner Partei vertreten zu fühlen in Abhängigkeit von Vertretungsdefiziten im Bereich Sympathie, Lösungskompetenz und Wahlwahrscheinlichkeit

Anzahl Defizite	% von keiner der etablierten Parteien vertreten
0	26
1	51
2	72
3	90

Geschätzte Wahrscheinlichkeiten (margins) einer logistischen Regression von „durch keine etablierte Partei vertreten“ auf Defizite bestimmt über Skalometer, Wahlwahrscheinlichkeit und Problemlösungsfähigkeit (s. Tab. 1). Alle Wahrscheinlichkeiten hochsignifikant voneinander verschieden.

Mit der Anzahl wahrgenommener Prozess bezogener Defizite von Autoritäten kumuliert sich der Anteil derjenigen, die strukturelle Defizite im Bereich der Autoritäten sehen, also derjenigen, die im etablierten Parteienset keine Vertretung finden. Das direkte Maß zur Vertretungslücke, also die Frage danach, ob eine der Parteien die persönlichen politischen Ansichten gut vertritt, kann damit als eine Generalisierung der spezifischeren Indikatoren zur Vertretungslücke angesehen werden.

Als wichtigstes Ergebnis lässt sich festhalten, dass es aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger eine beträchtliche Vertretungslücke in Deutschland gibt. Wird das direkte Maß im Zeitverlauf betrachtet, was auch für die Bundestagswahl 2009 möglich ist, vergrößert sich die Lücke: 2009 gaben 41 Prozent der Befragten an, von keiner der etablierten Parteien vertreten zu sein, 2013 sind es 42 Prozent, 2017 dann 48 und 2021 47 Prozent.

Das Wachsen der Lücke in der Vertretung durch die etablierten Parteien kann nicht in vollem Maße auf die nunmehr wahrgenommene Vertretung durch die AfD erklärt werden. Durch die AfD vertreten sahen sich 2013 lediglich 1,6 Prozent, 2017 dann 3,2 und 2021 3,1 Prozent. Die Lücke ist um etwa 6 Prozent größer geworden und von der AfD nur etwa zur Hälfte kompensiert.

Unsere Erwartung, dass es vor allem diejenigen sind, die sich nicht vertreten fühlen, die extreme politische Zielsetzungen anstreben (Hypothese 2), soll im Folgenden überprüft werden. Dazu haben wir sechs politische Issues ausgewählt und dazu die extremen Positionen bestimmt.

Für vier der Issues waren die Antwortvorgaben (1) stimme voll und ganz zu; (2) stimme eher zu; (3) teils/teils; (4) stimme eher nicht zu; (5) stimme überhaupt nicht zu.

Bei den folgenden zwei Fragen ist der eher auf der politischen Rechten liegende Pol die Ablehnung der Position. Als extreme rechte Einstellung wurde daher die negative Antwort (5) kodiert:

- „Für die Besetzung der Aufsichtsräte großer Unternehmen sollte es eine gesetzlich verankerte Frauenquote geben.“
- „Deutschland sollte EU-Mitgliedsstaaten, die starke wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten haben, finanziell unterstützen.“

Bei den folgenden beiden Fragen liegt die Befürwortung eher auf der politisch rechten Seite. Es wurde die positive Antwort (1) als extreme Einstellung kodiert:

- „Einwanderer sollten verpflichtet werden, sich der deutschen Kultur anzupassen.“
- „Bürger sollten einen bindenden Volksentscheid auf Bundesebene herbeiführen können.“

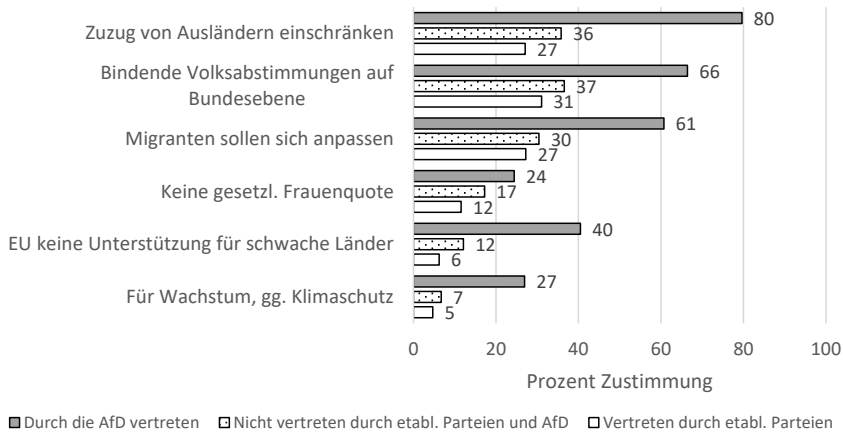
Die folgenden beiden Issues sind die Pole von Positions-Issues, die auf einer Skala von 1 bis 11 beantwortet werden konnten. Hier wurden die Werte 9, 10, und 11 des aufgeführten Pols als extreme rechte Orientierungen kodiert.

- „Vorrang für Wirtschaftswachstum, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert“
- „Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden“

Betrachtet man die Zustimmung zu diesen extremen Orientierungen im Vergleich der Befragten, die sich von etablierten Parteien vertreten fühlen, mit denen, die sich weder von ihnen noch der AfD vertreten fühlen und denen, die sich von der AfD vertreten fühlen, ergibt sich, dass unter denjenigen in der Vertretungslücke die extremen Orientierungen stärker verbreitet sind als unter denjenigen, die sich vertreten fühlen und am stärksten unter den etwa 3 Prozent, die sich von der AfD vertreten fühlen (Abb. 2).

Es sind die vielfach als „rechts-populistische“ Einstellungen bezeichneten Issues, die in besonderer Weise Zustimmung durch diejenigen, die sich nicht von den etablierten Parteien und insbesondere durch diejenigen, die sich von der AfD Vertretenen, erfahren: die Ablehnung des Zuzugs von Ausländern, die Zustimmung zu bindenden Volksabstimmungen auf Bundesebene, und die Forderung, Migranten sollten sich anpassen. Hier sind es zwischen 30 und knapp 40 Prozent bei den Nicht-Vertretenen, zwischen 60 und 80 Prozent bei den AfD-Vertretenen. Unter denjenigen, die sich von einer der etablierten Partei vertreten fühlen, ist die Zustimmung zwischen 3 und 9 Prozentpunkte geringer als bei den Nicht-Vertretenen und 30 bis 50 Prozentpunkte geringer als bei den durch die AfD Vertretenen. Sichtlich weniger Unterstützung erfahren die Ablehnung einer gesetzlichen Frauenquote, die Ablehnung der Unterstützung für schwächere EU-Staaten und die Ablehnung des Klimaschutzes zu Lasten des Wachstums. Aber auch hier sind diejenigen, die sich nicht vertreten sehen, stärkere Unterstützer rechter politischer Einstellungen als diejenigen, die sich vertreten sehen und wiederum die stärksten Unterstützer die AfD-Vertretenen.

Abbildung 2: Extreme politische Einstellungen und Vertretungslücke



Sample-Größen der jeweiligen Wahlstudie 2013, 2017, 2021 sind gleichgewichtet (2000).

Quelle: GLES 2013, 2017, 2021. Eigene Berechnungen.

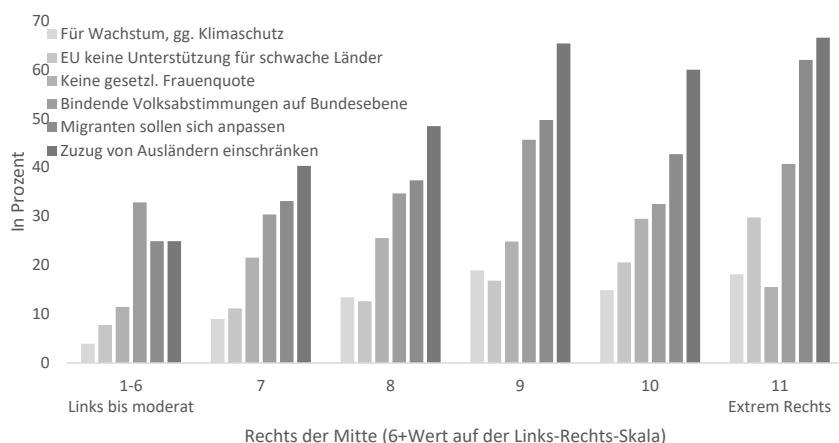
5. Ideologisierung und Politisierung: Erklärung der Wahl der AfD

Eine zentrale Frage ist, ob die AfD die Vertretungslücke politisiert und politische Einstellungen radikalisiert. Wie von Scheuch und Klingemann (1967) festgehalten, ist es für die Entwicklung von politischem Extremismus notwendig, dass es kulturell ideologische Deutungs- und Orientierungsangebote gibt. Die sogenannte „Neue Rechte“ mit ihren Think Tanks macht dazu sicherlich Angebote. Messen lässt sich deren Wirksamkeit allerdings nicht. Eine Dimension, die einen ideologischen Gehalt hat, ist die Links-Rechts-Dimension. Links und Rechts stellen ein politisches Koordinatensystem dar, in dem sich konkrete politische Inhalte sortieren und generalisieren lassen. Durch beständige Spezifizierung und Re-Spezifizierung in den öffentlichen und politischen Diskursen behält dieses Koordinatensystem eine große Orientierungsfunktion (Fuchs/Klingemann 1989).

In der Tat zeigt sich eine politische Ladung der politischen Ziele je stärker Rechts die Orientierung. Auf einer Skala von 1 bis 11, wobei 1 für Links und 11 für Rechts steht, können die Befragten sich selbst einordnen. Präsentiert werden in Abbildung 3 die Befragten mit einer Orientierung von politischer Mitte bis zur politischen Linken (Skalenwerte 1 bis 6) im Vergleich zu den rechten Orientierungen (jeweils einzelne Skalenwerte

von 7 bis 11). Dabei zeigt sich, dass die Unterstützung für die extremen politischen Ziele mit der Intensität der rechten Orientierung zunimmt.

Abbildung 3: Zustimmung zu extremen politischen Zielen und politische Rechts-Orientierung



Sample-Größen der jeweiligen Wahlstudie 2013, 2017, 2021 sind gleichgewichtet (2000).

Quelle: GLES 2013, 2017, 2021. Eigene Berechnungen.

So ist die Unterstützung für die Forderung nach der Einschränkung des Zuzugs von Ausländern unter extrem Rechten fast dreimal so hoch wie unter denen in der politischen Mitte bis zur politischen Linken. Die Unterstützung für extreme Politikziele steigt fast durchgehend sukzessive an, je weiter rechts. Damit scheint es eine ideologische Politisierung extremer politischer Zielsetzungen zu geben und damit eine weitere Bedingung für politischen Extremismus erfüllt zu sein.

Die Ideologisierung politischer Streitfragen trägt nicht unmaßgeblich zum Wahlerfolg der AfD bei. Arzheimer und Falter (2002) haben das bereits früher anhand von ideologischen und ordnungspolitischen Orientierungen gezeigt. Die Rechts-Orientierung im Sinne der Links-Rechts-Dimension zeigt einen deutlichen Effekt auf die Wahlentscheidung. Hier wurden die weit rechten Einstellungen (Werte 8-11) zusammengefasst, die zusammen etwa 10 Prozent der Befragten umfassen. Darüber hinaus zeigen unsere Daten auch, dass es ebenfalls konkrete politische Zielsetzungen sind, die zur Wahl der AfD beitragen. Ein logistisches Regressionsmodell ergibt einen eindeutigen Zusammenhang dieser Orientierungen mit der

AfD-Wahl. Das Modell bindet 19 Prozent der Varianz der AfD-Wahl. Das Thema ‚Ausländerzuzug‘ und eine weit rechte ideologische Orientierung sind die stärksten Prädiktoren, gefolgt von den Streitfragen: Volksentscheide, EU-Solidarität und Frauenquote. Auch das Wahljahr hat einen signifikanten Einfluss, was darauf hinweist, dass der AfD-Erfolg über Zeit wächst (Tabelle 2). Die Erwartung, dass Personen mit extremen politischen Zielsetzungen die AfD wählen, wird damit bestätigt.

Tabelle 2: Logistische Regression von AfD-Zweitstimme auf extreme Einstellungen zu politischen Streitfragen

AfD Zweitstimme	Coef.	P>z
Migranten sollen sich anpassen	0,23	0,10
Keine gesetzl. Frauenquote	0,41	0,01
Keine EU-Solidarität	0,68	0,00
Verbindl. Volksentscheide	0,92	0,00
Gg. Klimaschutz für Wachstum	0,59	0,00
Gg. Ausländerzuzug	1,28	0,00
Weit Rechts (8-11 auf LR-Skala)	1,06	0,00
Wahljahr	0,09	0,00
Konstante	-188,66	0,00
R ²	0,19	
N	6.876	

Sample-Größen der jeweiligen Wahlstudie 2013, 2017, 2021 sind gleichgewichtet (2000).

Die Variablen sind standardisiert von 0 bis 1, die Koeffizienten daher vergleichbar.

Quelle: GLES 2013, 2017, 2021. Eigene Berechnungen.

Trifft auch die Erwartung zu, dass die Vertretungslücke zur Wahl der AfD beiträgt? Die Ergebnisse einer weiteren logistischen Regression mit den Indikatoren zur Vertretungslücke zeigen, dass auch diese einen starken Beitrag zur AfD-Wahl leisten.

Tabelle 3: Logistische Regression von AfD-Zweitstimme auf Indikatoren der Wahrnehmung schlechter politischer Vertretenheit

AfD Zweitstimme	Coef.	P>z
Keine positive Wahlwahrscheinlichkeit für etabl. Parteien	1,38	0,00
Keine Lösungskompetenz wichtigste Probleme	1,39	0,00
Von keiner der etabl. Parteien vertreten	1,15	0,00
AfD-Vertretenheit	3,14	0,00
Kein positiver Sympathiewert für etabl. Parteien	-0,27	0,10
Wahljahr	0,04	0,04
Konstante	-83,38	0,03
R2	0,31	
N	6.161	

Sample-Größen der jeweiligen Wahlstudie 2013, 2017, 2021 sind gleichgewichtet (2000).

Die Variablen sind standardisiert von 0 bis 1, die Koeffizienten daher vergleichbar. Multikollinearität liegt nicht vor. Quelle: GLES 2013, 2017, 2021. Eigene Berechnungen.

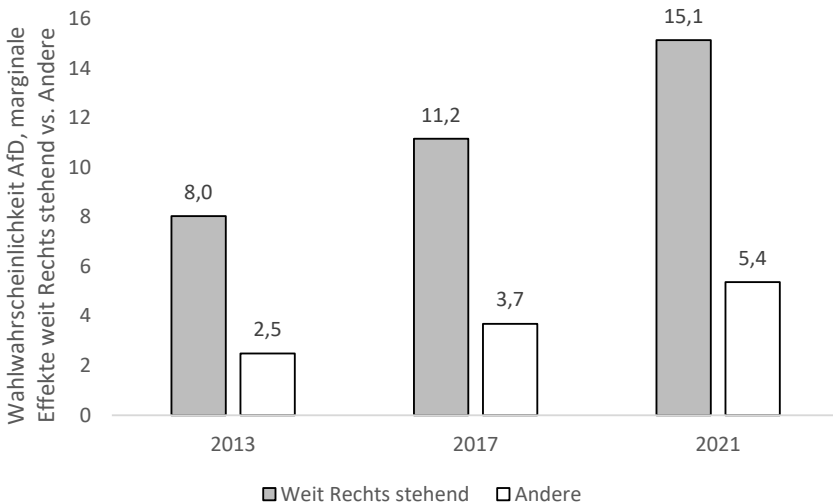
An erster Stelle trägt zur AfD-Wahl das Gefühl, von ihr vertreten zu werden, bei, gefolgt von der Einschätzung, dass keine der etablierten Parteien eine Lösungskompetenz für die von den Befragten als am wichtigsten und zweitwichtigsten angesehenen politischen Probleme aufweist. Eine geringe Wahlwahrscheinlichkeit für die etablierten Parteien steht an dritter Stelle und dass keine der etablierten Parteien als eine Partei angesehen wird, die die eigenen Ansichten vertritt, steht an vierter Stelle. Schwache Sympathiewerte für die etablierten Parteien haben keinen statistisch signifikanten Effekt (Tabelle 3).

Ein Gesamtmodell, das sowohl Variablen zur Vertretungslücke aus Tabelle 3 als auch politische Einstellungen aus Tabelle 2 in einem Modell zusammenführt, verweist darauf, dass beide Dimensionen ihren Einfluss auf die AfD-Wahl behalten, auch wenn für die jeweils andere Dimension „kontrolliert“ wird. Während alle Variablen zur Vertretungslücke, die im Modell von Tabelle 3 signifikant waren, das auch bleiben, verlieren zwei der Indikatoren die statistische Signifikanz. Aber der Einfluss der Einstellung zu Volksentscheiden, die Position gegen den Zuzug von Ausländern und die weit rechte Orientierung bleiben signifikant und in ihrem Einfluss relativ stark. Damit sprechen die Ergebnisse auch nach Analyse eines Gesamtmodells jeweils für die Hypothesen 1 und 3, die einen jeweils eigenständigen Einfluss postuliert haben.

Es bleibt zu prüfen, ob die Erwartung zutrifft, dass die AfD durch Politisierung den Effekt politischer Ideologie auf das Wahlverhalten verstärkt.

Auf der Basis des Regressionsmodells zur Rückführung der AfD-Wahl auf politische Einstellungen lassen sich die marginalen Wahrscheinlichkeiten der Wahl der AfD durch einzelne Modellfaktoren berechnen. Hierzu wird der Effekt der Ideologie, gemessen am Grad der rechten politischen Orientierung (Werte 8 bis 11 auf der Links-Rechts-Skala) betrachtet. Abbildung 4 zeigt das Ergebnis: Die Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD aufgrund rechter politischer Orientierungen steigt im Zeitverlauf deutlich an. Ergab eine ausgeprägte rechte politische Orientierung 2013 noch eine Wahlwahrscheinlichkeit von acht Prozent und 2017 von elf Prozent, so waren es 2021 bereits 15 Prozent.

Abbildung 4: Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl nach politisch weit rechter politischer Orientierung im Zeitverlauf



Sample-Größen der jeweiligen Wahlstudie 2013, 2017, 2021 sind gleichgewichtet (2000).

Quelle: GLES 2013, 2017, 2021. Eigene Berechnungen.

Es sollte angemerkt werden, dass dieser Effekt nicht darauf zurückgeht, dass es mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger mit weit rechten politischen Orientierungen gibt. Das ist nicht der Fall. Der Anteil ist weitgehend konstant. Wiederum kann das am Beispiel der Bundestagswahlen von 2009 bis 2021 betrachtet werden. 2009 waren elf Prozent weit rechts orientiert, 2013 und 2017 etwa zehn Prozent und 2021 wiederum elf Prozent. Wie in Hypothese 4 vermutet, gibt es also in der Tat die Mobilisierung der

AfD durch ideologische Politisierung, die die Effekte erklärt und nicht der Anstieg rechter Orientierungen.

6. Fazit

Seit der Bundestagswahl 2013 finden extreme und radikale Aussagen und Forderungen der politischen Rechten in Deutschland zunehmend Gehör. Die Ursachen sind vielfältig und ohne die Wechselbeziehung zwischen der Makroebene des Politischen und der Individualebene kaum zu verstehen. Scheuch und Klingemann haben 1967 vor dem Hintergrund des damaligen Wahlerfolgs der NPD Überlegungen zum Rechtsextremismus angestellt, die heute wieder als Erklärungsmodell herangezogen werden können. Zu den Makrobedingungen gehört demnach ein prekäres Verhältnis zwischen politisch Vertretenen und politischen Vertretenden. In der Diktion der AfD ist es der Gegensatz zwischen dem Volk und denen „da oben“. In der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte wird von einem Vertretungs- oder Repräsentationsdefizit gesprochen. Damit begründet sich aber noch kein Extremismus. Dazu bedarf es der entsprechenden politischen Einstellungen und ideologischen Orientierungen, so Scheuch und Klingemann. Ihre Interpretation des Extremismus als einer „normalen Pathologie“ impliziert, dass Extremismus existiert, auch wenn er sich nicht artikuliert. Für die Artikulation ist wiederum auf der Makroebene kulturell ein ideologisches Angebot und strukturell ein entsprechendes Angebot notwendig.

Mit den vorliegenden Ergebnissen zeigt sich in der Tat, dass auf Seiten zahlreicher Bürgerinnen und Bürger eine Vertretungslücke wahrgenommen wird und dass unter diesen Bürgern die Vorstellungen zu politischen Zielsetzungen und die eigene ideologische Orientierung extremer und konservativ bis rechts sind. Es sind sowohl die wahrgenommene Vertretungslücke als auch die substantiellen Vorstellungen zu politischen Zielen, die maßgeblich die Stimmabgabe zugunsten der AfD erklären. Es ist, wie Schmitt-Beck zu Recht feststellt, ein nur ein wahlsoziologisch orthodoxes Verständnis von Valenzpolitik nicht hinreichend, um den Erfolg der AfD zu verstehen (Schmitt-Beck 2021).

Es sind die Repräsentationsdefizite, die in der Zeit der Großen Koalitionen aufgelaufen sind, von denen die rechtspopulistische AfD in für politisch rechte Parteien bisher unbekanntem Maße profitiert (Klingemann/Canan-Sokullu 2022). Darüber hinaus sorgt sie mit ihrer geschickten Mobilisierungsstrategie und durch ihre Erfolge dafür, dass eine rechts-ideo-

logische Orientierung bestimmender für die Wahl der AfD wird, sie immer größere Teile von der politisch rechten Seite für sich gewinnen kann. Die Wechselwirkung zwischen der Makroebene politischer Bedingungen und des politischen Angebots einerseits und den Orientierungen und Handlungen der Bürgerinnen und Bürger spielen hier Hand-in-Hand, ganz wie von Scheuch und Klingemann (1967) postuliert.

Die Gefahr für die Demokratie durch einen zunehmenden Rechtsextremismus ist evident, ein Durchbrechen der Wechselwirkung zwischen Makro- und Mikroebene zugunsten der AfD notwendig. Die etablierten politischen Parteien müssen ihre Integrationskraft zurückgewinnen und sie müssen die Vertretungslücke schließen. Das impliziert nicht, auf den Kurs der AfD einzuschwenken, sondern vielmehr, politische Lösungen für die Probleme zu finden, von denen die AfD durch starke Emotionalisierung und Mobilisierung von Affekten derzeit profitiert. Das heißt zum Beispiel bezogen auf Migration nicht Ausschluss, sondern Integration, bezogen auf die Europäische Union nicht Austritt, sondern Gestaltung, im Hinblick auf Klimaschutzpolitik Erklärung und Kompensation der Kosten für sozial Schwache und für Perspektiven auf dem Wohnungsmarkt mehr Staat - insgesamt bedarf die Politik des Rückgewinns des Eindrucks, dass sie positiv gestalten kann. Andere Alternativen, zum Beispiel für die Integration einer de-radikaliserten AfD in die Gruppe der etablierten demokratischen Parteien als rechts-konservative Kraft ist angesichts der Radikalisierung der AfD sehr unwahrscheinlich. Es bleibt die Verantwortung der etablierten Parteien, Antworten zu finden und die Potenz von Politik unter Beweis zu stellen.

Literatur

- Arzheimer, Kai, und Jürgen W. Falter. 2002. „Die Pathologie des Normalen. Eine Anwendung des Scheuch-Klingemann-Modells zur Erklärung rechtsextremen Denkens und Verhaltens“. In *Bürger und Demokratie in Ost und West*, herausgegeben von Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, und Bernhard Weßels, 85–107. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Easton, David. 1965. *A System Analysis of Political Life*. New York, London, Sydney: John Wiley and Sons.
- Fisher, Stephen L. 1973. „The Wasted Vote Thesis: West German Evidence“. *Comparative Politics* 5 (2): 293–99. <https://doi.org/10.2307/421245>.
- Fuchs, Dieter, und Hans-Dieter Klingemann. 1989. „The Left-Right Schema“. In *Continuities in Political Action*, herausgegeben von M. Kent Jennings und Jan W. Deth, 203–34. Berlin/New York: Walter de Gruyter.

- Klingemann, Hans-Dieter. 2020. „Was macht Menschen zu Extremisten?“ *Lagemaß. Infas - Institut für angewandte Sozialforschung* 12: 11–13.
- Klingemann, Hans-Dieter, und Ebru Canan-Sokullu. 2022. „Democracy under pressure? Support of democracy in Germany and Italy“. In *Democracy Under Pressure. Resilience or Retreat?*, herausgegeben von Ursula van Beek, 271–311. Palgrave Macmillan.
- Mielke, Gerd. 2018. „Die repräsentative Demokratie und ihre Herausforderungen. Anmerkungen und Interpretationsversuche“. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31 (1–2): 22–31.
- Ruhose, Fedor. 2023. *Rechtspopulismus in der Opposition. Die AfD-Fraktion im Bundestag (2017–2021)*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Scheuch, Erwin K., und Hans-Dieter Klingemann. 1967. „Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften“. In *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik* 12, 11–19.
- Schmitt-Beck, Rüdiger. 2014. „Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsksepsis: Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 201“. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (1): 94–112. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2014-1-94>.
- 2021. „Wahlpolitische Achterbahnfahrt. Wer wählte wen bei der Bundestagswahl 2021?“ *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 71 ((47–49)): 10–16.
- Schroeder, Wolfgang, und Bernhard Weßels. 2019. „Rechtspopulistische Landnahme in der Öffentlichkeit, im Elektorat und in den Parlamenten“. In *Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament*, herausgegeben von Wolfgang Schroeder und Bernhard Weßels, 9–43. Bonn: Dietz Verlag.
- 2023. *Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024*. OBS-Arbeitspapier 59. Frankfurt a. M.: Otto-Brenner-Stiftung.
- Schroeder, Wolfgang, Bernhard Weßels, Alexander Berzel, und Christian Neusser. 2017. „Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten“. *WZB Discussion Paper SP V 2017-102*.
- Weßels, Bernhard. 2001. „Vermittlungsinstitutionen und Interessenvertretung: Zur Performanz von Mitgliederorganisationen in Deutschland“. In *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland, Reihe Blickpunkt Gesellschaft* 6, herausgegeben von Achim Koch, Martina Wasmer, und Peter Schmidt, 221–46. Opladen: Leske + Budrich.

Datenquellen

- GLES (2009), Nachwahl-Querschnitt. Rattinger, Hans; Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5301 Datenfile Version 4.0.2, <https://doi.org/10.4232/1.13229>.
- GLES (2013), Nachwahl-Querschnitt. Rattinger, Hans; Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof. Erhebungszeitraum: 23.09.2013 - 23.12.2013. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5701 Datenfile Version 3.0.1, <https://doi.org/10.4232/1.13232>.

GLS (2017), Nachwahl-Querschnitt. Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Schoen, Harald; Weißels, Bernhard; Wolf, Christof. Erhebungszeitraum: 25.09.2017 - 30.11.2017. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6801 Datenfile Version 4.0.1, <https://doi.org/10.4232/1.13235>.

GLS (2021), Nachwahl-Querschnitt. Roßteutscher, Sigrid; Debus, Marc; Faas, Thorsten; Schoen, Harald. Erhebungszeitraum: 27.09.2021 - 21.11.2021. GESIS, Köln. ZA7701 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.14074>.

